FDP Usingen

PRÜFANTRAG VERKEHRSFÜHRUNG AM SCHULZENTRUM

11.02.2026

FDP fordert Prüfung der Einbahnstraße

Partei reagiert auf Anwohnerbeschwerden über Lärm, Umwege und Abgase

Usingen – Die FDP Usingen hat für die Stadtverordnetenversammlung am 2. Februar einen umfassenden Prüfantrag zur Verkehrsführung in der Wilhelm-Martin-Dienstbach-Straße eingebracht. Die Fraktion will die bestehende Einbahnstraßenregelung überprüfen und unter Bürgerbeteiligung praktikable Alternativen entwickeln, nachdem sich Anwohner über erhebliche Belastungen beschwert hatten.

Bereits im November hatten sich Anwohner aus dem betroffenen Quartier an die FDP gewandt und auf deutlich höheres Verkehrsaufkommen, zunehmenden Lärm sowie zusätzliche Emissionen in angrenzenden Straßen wie der Hattsteiner Allee und der Egerländer Straße hingewiesen. Die erzwungenen Umwegverkehre führten aus Sicht der Betroffenen zu erheblichen Problemen, die auch in der lokalen Presse diskutiert wurden.

Ein zentraler Kritikpunkt der FDP ist, dass die Verkehrsmaßnahme weder in der Stadtverordnetenversammlung noch in den zuständigen Fachausschüssen beraten wurde. Die Verkehrsführung sei ohne politische Befassung der Gremien festgelegt worden, obwohl eine transparente Prüfung der Auswirkungen auf Anwohner, Verkehrsaufkommen, Lärmbelastung und Umwelt erforderlich gewesen wäre.

Zudem kritisiert die Partei, dass bei der Planung des Schul-Campus die Verkehrsführung offenbar nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Die verkehrlichen Auswirkungen des Schulbetriebs, insbesondere zu den Bring- und Abholzeiten, seien unterschätzt worden. Diese Versäumnisse müssten nun nachgeholt werden.

Der Prüfantrag sieht eine systematische Analyse der aktuellen Verkehrsführung vor. Untersucht werden sollen die Auswirkungen auf Verkehrsaufkommen, Lärmbelastung, CO_2-Ausstoß und Verkehrssicherheit. Gleichzeitig sollen Alternativen geprüft werden, die sowohl die Sicherheit der Schulkinder gewährleisten als auch die Belastungen für Anwohner reduzieren.

Konkret sollen zeitlich begrenzte Einbahnstraßenregelungen etwa nur zu den Schul-Bring- und Abholzeiten, die Wirkung neu gestalteter Parkplätze zur Vermeidung gefährlicher Wendemanöver sowie weitere verkehrsorganisatorische Maßnahmen wie Bring- und Abholzonen mit kreisförmiger Verkehrsführung untersucht werden. Auch bewährte Praxisbeispiele aus anderen Kommunen sollen in die Bewertung einbezogen werden.

Die FDP kritisiert andere politische Akteure, vornehmlich die FWG, die zwar öffentlich erklärt habe, die Verkehrsführung müsse überdacht werden, sich aber auf nachträgliche Kritik beschränke, ohne konstruktive Alternativen vorzulegen. Obwohl die FWG den Ortsvorsteher stelle, sei das Thema nicht auf die Tagesordnung einer Ortsbeiratssitzung gesetzt worden.

„Für uns steht der Bürgerwille im Mittelpunkt", betont die FDP-Fraktion. Die Partei hat bereits Umfragen in sozialen Medien gestartet und plant im Februar im Rahmen eines Kommunalwahlforums eine öffentliche Veranstaltung, bei der Bürger ihre Erfahrungen zur Verkehrsführung einbringen können. Mit dem Prüfantrag solle endlich die Grundlage für eine transparente und bürgerorientierte Entscheidung geschaffen werden.

red



Gerhard Zinn, Simone Mächold und Ralf Müller (von links) bei ihrem Gespräch über die Wilhelm-Martin-Dienstbach-Straße. PRIVAT

Abgerufen am 20.11.2026 unter https://usingen.fdp-hessen.de/?p=4201